

BORIS BARTH

EINFÜHRUNG: NATIONSBILDUNG NACH DEM GROSSEN KRIEG

Das folgende Kapitel befasst sich schwerpunktmäßig mit der Nationsbildung nach dem Zusammenbruch der Imperien seit dem Ende des Ersten Weltkrieges. Hierbei wird eine große Zahl von unterschiedlichen Aspekten behandelt. Die Beiträge gehen vom Nationalstaat aus, der sich gegen Ende des Krieges zu bilden begann, und sie beschäftigen sich mit Sowjetrussland, der Ukraine, Polen, Litauen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS-Königreich). In unterschiedlicher Intensität gehen sie auf grundlegende Probleme der Staats- und Nationsbildung ein, wobei die außenpolitische Dimension eine wichtige Rolle spielt.

Einmal mehr wird in dieser vergleichenden Perspektive deutlich, dass die Pariser Friedenskonferenzen nur einen begrenzten Einfluss auf die Staatsbildungen und Grenzziehungen in Ostmittel- und Osteuropa sowie auf dem Balkan hatten. Am Kriegsende verfügten die Westmächte nur über vage Vorstellungen, die die neue Gestaltung des Donauraumes betrafen. Häufig hielten sich die neuen Regierungen, die oft noch keineswegs fest im Sattel saßen, lokale Gruppierungen und *Warlords* oder auch einzelne charismatische Führer überhaupt nicht an die Vorgaben, die ihnen von Paris aus gemacht wurden. Stattdessen versuchten sie, so schnell wie möglich Fakten zu schaffen. Dies gelang häufig, sodass die Staatsmänner und Fachleute in Paris permanent vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Sehr häufig haben sie diese dann akzeptiert oder im Nachhinein abgesegnet, weil ihnen das Interesse oder die Machtmittel fehlten, ihren eigenen Willen durchzusetzen. Auch hatten die Westmächte kaum eine Möglichkeit, ernsthaft militärisch zu drohen, denn nach dem Ende des Großen Krieges wäre die Entsendung eigener Truppen beispielsweise auf den Balkan den jeweiligen Öffentlichkeiten kaum vermittelbar gewesen.

Mehrere Beiträge gehen auf die enorme Welle von Nachkriegsgewalt ein, die in der Zeit von 1918 bis etwa 1922 nahezu alltäglich war. Oft

entschied die Verfügungsgewalt von Truppen über die Zukunft einer Region.¹ Deutlich sichtbar wird dies am litauisch-polnischen, am ukrainisch-russischen oder am rumänisch-ungarischen Beispiel. Beliebiger könnte hier das gesamte Baltikum, die italienisch-slowenische Grenzregion oder vor allem der Fall Griechenland-Türkei ergänzt werden. 1919 fanden weit über 20 militärische Konflikte allein in Europa statt. Diese trugen dazu bei, dass die Nachkriegsgesellschaften oft in sehr hohem Maße militariisiert waren bzw. dass auch nach dem Ende der offenen Kampfhandlungen die mentale Demobilisierung der Völker nur unzureichend gelang. Eine weitere Folge dieser Nachkriegskämpfe bestand darin, dass die Entstehung zivilgesellschaftlicher und demokratischer Strukturen erheblich erschwert wurde.

Die Beiträge bestätigen die ältere These, dass neue Nationalstaaten fast immer aus einem Krieg hervorgehen.² Im Europa des 19. Jahrhunderts gab es nur die Ausnahme der norwegischen Unabhängigkeit von 1905. Die Entstehung der neuen Staaten nach 1918 wäre in dieser Form ohne die Weichenstellungen, die im Ersten Weltkrieg und kurz nach seinem Ende getroffen worden waren, undenkbar gewesen. Die Gründe hierfür sind vielschichtig. Vor allem in Serbien und Rumänien bestanden bereits vor dem Ersten Weltkrieg Staaten, an die sich die jeweiligen Unabhängigkeitsbewegungen innerhalb Österreich-Ungarns anlehnen konnten. Vor dem Krieg war die tschechische Nationalbewegung schwach, und abgesehen von einigen Intellektuellen dachte kaum jemand ernsthaft an einen eigenen Staat. Sehr wohl wurde aber eine größere Autonomie innerhalb des Imperiums angestrebt, vergleichbar etwa mit dem Fall Ungarns. Erst seit der Mitte des Krieges erstarkten die Nationalbewegungen, doch wurden allzu offene Forderungen nach Unabhängigkeit durch die Kriegszensur unterbunden. Auch dies erklärt, warum die meisten Nationalbewegungen 1918 weitgehend unvorbereitet waren und – wie auch die Regierenden – hochgradig improvisieren mussten. 1918/19 war die Situation wahrscheinlich sehr viel offener als dies späteren Betrachtern erschien.

Eine enorme, heute kaum noch nachvollziehbare Rolle spielte bereits direkt nach dem Ende des Ersten Weltkrieges die Kategorie der Ethnie,

¹ Hierzu weiterführend: Krieg im Frieden. Paramilitärische Gewalt in Europa nach dem Ersten Weltkrieg, hg. v. ROBERT GERWARTH, Göttingen 2013; ROBERT GERWARTH, *The Vanquished. Why the First World War Failed to End, 1917–1923*, London 2017; *Shatterzone of Empires. Coexistence and Violence in the German, Habsburg, Russian, and Ottoman Borderlands*, hg. v. OMAR BARTOV / ERIC WEITZ, Bloomington 2013.

² Hierzu neuerdings DIETER LANGEWIESCHE, *Der gewaltsame Lehrer. Europas Kriege in der Moderne*, München 2019.

bzw. die Ethnisierungen großer Bevölkerungsgruppen. „Ethnie“ ist als objektive wissenschaftlich-historische Kategorie unbrauchbar, es ist historisch unmöglich festzustellen, wer ein „ethnischer“ Pole, Deutscher oder Bulgare war und ist. Die unreflektierte Benutzung des Begriffes der Ethnie führt fast zwangsläufig in die analytische Falle einer rassischen Begrifflichkeit. Unübersehbar spielte „Ethnie“ bzw. die ethnische Herkunft von Personen oder Gruppen aber für sehr viele Zeitgenossen gerade in der Zwischenkriegszeit eine zentrale Rolle. Gelegentlich wurde die Zuordnung zu einer ethnischen Gruppe zu einer Frage von Leben und Tod. Dieses Faktum muss der Historiker wiederum ernst nehmen. Ethnisierung als Kategorie der Selbst- oder Fremdzuweisung fand ständig und selbstverständlich statt. Diese Klassifizierungen waren deshalb so gefährlich, weil unterstellt wurde, dass die Mitglieder des häufig imaginären Kollektives auch stets im Sinne dieser Gruppe handeln würden. Eine weithin offene Frage, die in den folgenden Beiträgen jeweils mit unterschiedlicher Intensität diskutiert wird, besteht darin, warum diese Kategorie derart weitgehende Folgen hatte und von den Zeitgenossen mit einer derartigen Selbstverständlichkeit als Realität angenommen wurde. Ein stark pseudowissenschaftlich geprägter Sozialdarwinismus trug zudem dazu bei, dass Völker als handelnde Subjekte angesehen wurden, die in einem permanenten Konkurrenzkampf gegeneinander stehen.

Offensichtlich waren und sind für die Bildung von Identitäten auch noch andere Kriterien als das der Ethnie entscheidend. In erster Linie ist hier sicherlich die Sprache zu nennen, die zur Einordnung von Menschen führte. Allerdings ist Sprache allein keine Kategorie, die ausschließlich über die Zugehörigkeit zu einer Nation entschied. Ohnehin war Mehrsprachigkeit gerade in den imperialen Grenzregionen weit verbreitet. In einigen Regionen Osteuropas und auf dem Balkan war Religion ebenso wichtig. „Religiöse“ Konflikte wurden zwar nur selten mit Waffengewalt ausgetragen, im Hintergrund konnten sie aber eine enorme Rolle für vordergründig „nationale“ Zuordnungen spielen. In mehreren Beiträgen wird deutlich, wie nationale Vorstellungen mit religiösen Terminologien aufgeladen, geradezu sakralisiert wurden. Die orthodoxe wie auch die katholische Kirche spielten eine wichtige Rolle bei der Konstruktion von Nationen. Hinzu kamen weitere Faktoren, die für die individuelle Zuordnung von Menschen wichtig sein konnten. Hierzu gehörten – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – regionsspezifische oder kulturelle Traditionen, historische Zuschreibungen und die Zugehörigkeit zu eher lokal geprägten Gemeinschaften.

Zwar würde es zu weit gehen, die großen Imperien vor 1914 als national indifferent anzusehen. Dennoch bestand ihre Stärke darin, dass sie – oft über Jahrhunderte – in der Lage gewesen waren, ganz unterschiedliche Völker, die verschiedene Sprachen hatten und Religionen verehrten, in irgendeiner Weise in ein politisches System zu integrieren. Dies erfolgte häufig gewaltsam, aber Gewalt allein ist nicht in der Lage, die enorme Stabilität dieser imperialen Gebilde zu erklären. Immerhin traten auch in der ersten Hälfte des Ersten Weltkrieges kaum nationale Konflikte auf, die den inneren Zusammenhalt bedroht hätten. Erst seit der zweiten Hälfte erodierte die Integrationskraft, aber auch am Ende des Krieges waren viele der nationalen Bewegungen noch schwach und untereinander zerstritten bzw. verfügten über keine wirklich tragfähigen politischen Konzeptionen. Die Reformbemühungen im zaristischen Russland und in Österreich-Ungarn kamen dann allerdings viel zu spät.

In mehreren Beiträgen dieses Bandes wird hervorgehoben, dass sich die einfache Bevölkerung in vielen Regionen gar nicht wirklich für die raumgreifenden nationalen Visionen interessierte, sondern dass andere drängende Probleme viel wichtiger erschienen. Hierzu gehörte etwa bei vielen Bauern die Forderung nach einer Landreform oder nach dem scheinbar endlosen Krieg der Wunsch nach Frieden. Vielen Führern der Nationalbewegungen war aber klar, dass mit dem Zusammenbruch der Mittelmächte und des Russischen Reiches ein einmaliger historischer Moment gekommen war, der – aus ihrer Sicht – maximal genutzt werden musste. Aktivisten begannen oft hektisch zu handeln, ohne aber über klare Zielsetzungen bzw. realistische politische oder militärische Konzepte zu verfügen. Dies begünstigte die Formulierung von maximalen territorialen Zielsetzungen.

Hieraus ergab sich eine weitere, aus heutiger Perspektive nahezu paradox erscheinende Situation. Einerseits galt es jetzt, so schnell wie möglich neue Nationalstaaten zu schaffen, andererseits war die Schaffung national bzw. „ethnisch“ reiner Staaten in den sprachlichen Mischgebieten der ehemaligen Imperien aber gar nicht möglich. Ausnahmen stellen hier Ungarn und Bulgarien dar, weil diese Länder durch die weitreichenden Landabtretungen nun sprachlich weitgehend homogen waren. Alternative föderative Konzepte, die etwa vom amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson noch kurz vor dem Ende des Krieges erwogen worden waren, blieben in der Realität der unmittelbaren Nachkriegszeit aber chancenlos. Häufig ist in der Literatur beschrieben worden, wie der Zwang zur ethnischen bzw. sprachlichen Eindeutigkeit, die die neuen Nationalstaaten von ihren Untertanen verlangten, viele Menschen überforderte, weil sie selbst national indifferent waren. Bewusst versuchten sie, eine eindeutige

nationale Klassifizierung zu vermeiden und stattdessen zwischen mehreren Optionen zu lavieren.³ Besonders schwierig stellte sich die Lage der Juden dar, weil sie keinen Staat hatten, an den sie sich im Konfliktfall anlehnen konnten.

Ein weiterer Gesichtspunkt, der in den folgenden Beiträgen häufig direkt und indirekt angesprochen wird, besteht darin, den unzweifelhaft existierenden Gegensatz von Imperien und Nationalstaaten nicht überzubetonen. Selbstverständlich bestanden Kontinuitäten etwa im Bereich der regionalen Verwaltungen, die erklären, warum die neuen Staaten zumindest teilweise von Beginn an funktionsfähig waren. Lokale Institutionen waren in unterschiedlichem Maße in der Lage, die alltäglichen Lebensabläufe der Bevölkerung zumindest rudimentär zu gewährleisten. Dies betraf vor allem Fragen der Sicherheit (Polizei, Milizen und Gerichtsbarkeit) oder der Lebensmittelversorgung. Regionen, die gar nicht oder nur wenig von revolutionären Unruhen oder Kriegen betroffen waren, konnten den Übergang deshalb meist relativ konfliktfrei organisieren. Auch dieser Umstand erklärt beispielsweise die Stabilität der Tschechoslowakei, wo auf der administrativen Ebene die Transformation vom Imperium zum neuen „Nationalstaat“ schnell gelang.

Die Wirkung von Wilsons 14 Punkten auf die sich formierenden Nationalbewegungen schon vor dem Ende des Krieges kann kaum überschätzt werden. Auch in den hier behandelten europäischen Regionen ist die Formulierung vom „Wilsonian Moment“ angemessen.⁴ Gerade weil einige von Wilsons Formulierungen unbestimmt und wenig präzise waren, boten sie reichhaltige Möglichkeiten der Interpretation. Der Terminus „Selbstbestimmung“ konnte auf unterschiedliche Weise gedeutet werden. Allerdings war der „Wille“ der Völker in Ost- und Ostmitteleuropa in der Praxis nur außerordentlich schwer festzustellen, gerade weil es so wenige sprachlich homogene Siedlungsgebiete gab. Auch hier lag es für zahlreiche regionale nationalistische Führer nahe, zunächst einmal Fakten zu schaffen, die dann als „Wille“ eines Volkes interpretiert werden konnten. Entscheidend war häufig, wem es gelang, die Deutungshoheit

³ Vgl. hierzu aus der reichhaltigen Literatur: Auf dem Weg zum ethnisch reinen Nationalstaat? Europa in Geschichte und Gegenwart, hg. v. MATHIAS BEER, Tübingen 2004; JAMES E. BJORK, *Neither German nor Pole. Catholicism and National Indifference in a Central European Borderland*, Ann Arbor 2008; JOACHIM VON PUTTKAMER, *Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2010; JEREMY KING, *Budweisers into Czechs and Germans. A Local History of Bohemian Politics 1848–1948*, Princeton 2005.

⁴ Vgl. EREZ MANELA, *The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism*, Oxford 2007.

über die zahlreichen Konflikte zu gewinnen. Die extrem hohen Erwartungen, die von vielen unterschiedlichen Seiten an Wilson geknüpft wurden, waren in der realen Politik kaum zu erfüllen.

Die neuen Staaten waren mit den Ausnahmen von Ungarn und Bulgarien keine Nationalstaaten. Im SHS-Staat (dem späteren Jugoslawien), Polen oder auch in der Tschechoslowakei bestand eine sprachliche und teilweise auch religiöse Vielfalt, die der untergegangenen Habsburgermonarchie durchaus vergleichbar war. Der entscheidende Unterschied bestand allerdings darin, dass diejenigen Gruppen, die nicht zum Staatsvolk gezählt wurden, nun als „Minderheiten“ definiert wurden. Dieser Begriff war im imperialen Kontext unüblich gewesen, bürgerte sich aber sehr schnell ein. Im Völkerrecht vor 1914 war der Begriff der Minderheit nicht bekannt gewesen, wurde nach 1918/19 aber zu einem zentralen Konfliktfeld in den internationalen Beziehungen. Probleme mit „Minderheiten“ waren eine Standardgröße der Politik in den 1920er und 1930er Jahren. Der Umgang mit ihnen variierte erheblich, aber Vertreibungen gehörten fast zum Standardrepertoire mehrerer Regierungen. Geschätzt wird, dass in den 1920er Jahren ungefähr zehn Millionen Menschen vertrieben worden waren oder sich auf der Flucht befanden. Der berühmte Vertrag von Lausanne wurde auch von den Westmächten mitinitiiert, weil sie glaubten, auf diese Weise ein friedlicheres Europa schaffen zu können.⁵

Kennzeichnend für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg war ferner, dass die neuen Staaten auch neue integrative Konzepte benötigten. Polnische, slowakische und tschechische Soldaten hatten beispielsweise auf der Seite der Mittelmächte gekämpft und somit eigentlich den Krieg verloren. 1918/19 fanden sie sich plötzlich auf der Seite der Sieger wieder. Deshalb war es notwendig, für diese Veteranen integrative Mythen und Symbole bereitzustellen, mit denen sie sich identifizieren konnten. Der nationale Rahmen war wiederum in der Lage, entsprechende Narrative zu liefern.

Ein weiteres Grundproblem der europäischen Politik, das direkt oder indirekt in einigen Beiträgen angesprochen wird, stellt der Revisionismus dar. Zumindest bis 1924 bzw. 1926, als die Konturen eines neuen und kollektiven Sicherheitssystems erkennbar wurden, war dieser Revisio-

⁵ Vgl. MICHAEL MANN, *The Dark Side of Democracy. Ethnic cleansing in twentieth-century Europe*, Boston 2002; NORMAN NAIMARK, *Fires of Hatred. Explaining Ethnic Cleansing*, Cambridge 2004; MICHAEL SCHWARTZ, *Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2013.

nismus eine entscheidende Größe im internationalen System. Die Pariser Nachkriegsregelungen ließen sich mit den massiv aufgeputschten Erwartungen in den jeweiligen Öffentlichkeiten kaum in Einklang bringen. In nahezu allen Staaten bestanden nach 1919 Tendenzen, die darauf abzielten, die in Paris getroffenen Regelungen doch noch zum eigenen Vorteil zu revidieren oder zumindest die Nachkriegsordnung zu unterminieren. Dies galt zunächst für fast alle Verliererstaaten: Die Traumata von Versailles und Trianon sind in der Forschung gut bekannt. Nur in Österreich bestand schon früh die Einsicht, dass jede Restitution des vergangenen Imperiums definitiv unmöglich war. Aber auch in einigen der Siegerstaaten herrschte Unzufriedenheit, sodass die Kategorien von Sieg und Niederlage verschwammen. Der neue und oft aggressive Nationalismus, der mit der Nationsbildung untrennbar verbunden war, trug erheblich zur Destabilisierung des internationalen Systems bei.

Mit der Ausnahme der Tschechoslowakei kollabierten innerhalb weniger Jahre alle neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa sowie auf dem Balkan. Autoritäre, offen anti-demokratische Regierungen, Diktaturen verschiedener Provenienz und Königsdiktaturen ersetzten die komplexen parlamentarischen Willensbildungsprozesse. Oft orientierten sich die jeweiligen Herrscher an dem Vorbild des italienischen Faschismus, auch wenn – mit der Ausnahme Rumäniens – faschistische Massenbewegungen die Ausnahme bildeten. Offensichtlich war es nicht gelungen, demokratische Verhaltensweisen in ausreichendem Maße in den jeweiligen Eliten und auch in der breiten Masse der Bevölkerung zu verankern.⁶ Viele dieser Diktaturen waren aber bei weitem nicht so stabil, wie ihre Protagonisten dies behaupteten. Der nahezu widerstandslose Zusammenbruch Jugoslawiens beim Einmarsch der Achsenmächte 1941 zeigt, dass es nicht gelungen war, einen gesellschaftlichen Konsens zu schaffen, der auch in einer schweren außenpolitischen Krise bzw. einer militärischen Auseinandersetzung belastbar gewesen wäre.

Zeitweise galt Außenpolitik in einigen historischen Seminaren als antiquierte Disziplin. Diese wurde lange in rankeanischer oder neorankeanischer Tradition betrieben, d. h. Staaten wurden als handelnde Akteure angesehen. Diese Sektion geht einen anderen Weg und versteht das internationale System als eine soziale Konstruktion, in der kollektive Identitäten, Gemeinschaftsbildungen, Wertekonflikte und Ideale von Staatsbildung zentral sind. Für das Verständnis der frühen europäischen Zwischen-

⁶ Vgl. weiterführend: BORIS BARTH, *Europa nach dem Großen Krieg. Die Krise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit*, Frankfurt am Main 2016.

kriegszeit kann nicht darauf verzichtet werden, den Zusammenhang zwischen nationalen Bewegungen und außenpolitischen Entwicklungen genau zu studieren. Viele der folgenden Beiträge gehen explizit und implizit auf diesen Zusammenhang ein; so wird u. a. untersucht, wie außenpolitische Erfolge und Misserfolge der Bevölkerung vermittelt wurden. Deshalb steht diese Sektion in einer modernen Tradition, die Außenpolitik und Nationalstaatsbildung mit weiteren methodisch innovativen Aspekten der Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts verbindet. Fragen der Mentalitäten, der Kultur oder der Ethnisierungen werden in den jeweiligen Beiträgen problembewusst mit Konzepten der außenpolitischen Geschichtsschreibung verknüpft.

Die Autorinnen und Autoren dieses Bandes sind sich ferner weitgehend darüber einig, dass die Ost-West-Dichotomie zumindest fragwürdig ist, wenn die Frage der Nationsbildung erörtert wird. Zwar beschäftigen sich die hiesigen Beiträge schwerpunktmäßig mit dem Balkan sowie mit Ost- und Ostmitteleuropa, aber häufig werden Querverbindungen zu ähnlichen Entwicklungen in West- oder Südeuropa gezogen. Ein Ziel kommender Forschungen dürfte sicherlich darin bestehen, sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten zwischen „Ost“ und „West“ stärker als bisher herauszuarbeiten. Hier bieten sich etwa Spanien, Griechenland oder Italien als Vergleichsgrößen zu Ost- und Mitteleuropa an.